

Christian Baldauf, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 11
109. Plenarsitzung, Donnerstag, 17. September 2020

„Zusammenhalt sichern, Solidarität stärken“
zum zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2020

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

17.09.2020

Anrede,

Die Monate mit Corona zeigen: Wir können solidarisch sein. Die Mehrheit dieser Gesellschaft ist bereit sich einzuschränken, um Andere zu schützen. Die Krise hat uns in Bereichen gestärkt, in denen wir es gar nicht erwarteten:

- Wir haben erfahren, wie Menschen über sich selbst hinausgewachsen sind und ihr Bestes für Andere gegeben haben.
- Wir haben einen enormen Zusammenhalt gespürt.
- Wir haben erlebt, wie kreativ und flexibel Familien, Behörden, Unternehmen, Nachbarn, mit den neuen Herausforderungen umgegangen sind.

Zusammenhalt sichern, Solidarität stärken – und die schützen, die unseres Schutzes bedürfen – Das ist die Idee, die die CDU-Landtagsfraktion hinter allen Zahlen diesem Nachtragshaushalt vorgeben möchte.

In einer Phase, in der wir das Gesamtmaß der Auswirkungen auf unsere Gesellschaft noch nicht ermessen können. Umso mehr müssen wir mutig nach vorne denken. Für unsere Bürgerinnen und Bürger, für eine gute Zukunft unseres Bundeslandes. Nicht alles, was sich in diesem Haushaltsentwurf findet, ist schlecht. Im Gegenteil, viele unserer Forderungen und Impulse, die wir der Ampel-Regierung an die Hand gegeben haben, finden sich in diesem Haushalt wieder. Zum Beispiel die Aufstockung des Pflegebonus. Von uns vorgeschlagen, von der Regierung Dreyer umgesetzt.

Meine Damen und Herren,

wir entscheiden heute nicht allein über Gelder. Wir entscheiden heute über Lösungen, die drei unterschiedliche Ziele erfüllen müssen:

1. Wir brauchen Lösungen, die ein verantwortungsbewusstes Leben mit dem Virus ermöglichen. Lösungen, die im hier und jetzt helfen. Lösungen, die ein Versprechen abgeben, das heißt „Dein Staat, dein Land ist für dich da. Wir sind für dich da, wenn es darauf ankommt.“

2. Wir brauchen Lösungen, die dafür sorgen, dass wir von den Folgen dieser Krise geschützt werden.

3. Wir müssen uns für Lösungen entscheiden, die den Weg in die Zukunft ebnen. Auch wenn wir es heute noch nicht absehen können, wie unser Leben, unsere Arbeit, unsere Gesellschaft sich verändert – in manchen Bereichen sogar grundlegend. Gleichzeitig bewegen wir in Deutschland und in Rheinland-Pfalz so viel staatliches Geld, wie nie zuvor in unserer Geschichte.

Anrede,

insgesamt – ist der Ansatz der Landesregierung für den Nachtragshaushalt zur Bekämpfung der Corona-Pandemie jedoch weniger ein Blick nach vorn als ein Blick zurück. Es ist ein Versuch der Vergangenheitsbewältigung. Der Versuch, an Stellen nachzubessern – Breitbandinfrastruktur, Bildung, Wirtschaft, Innovation – in denen in den letzten Jahren vieles versäumt wurde. Denn dort, wo ernsthafte, konkrete Lösungen notwendig gewesen wären, hat sich die Landesregierung, haben Sie sich, Frau Ministerpräsidentin Dreyer, mit einer Politik der Überschriften begnügt. Etwa die „Gigabit-Gesellschaft“ war so eine davon: *„Rheinland-Pfalz auf dem Weg in die Gigabit-Gesellschaft“*.

Vor 3 Jahren sollten 98 Prozent der Haushalte mit schnellem Internet versorgt sein – aber es blieb eine Überschrift. In Rheinland-Pfalz gibt heute immer noch 230.000 Haushalte, die nicht mal 50 M-bit haben.

Überschrift 2: *„Starke Kommunen – starkes Land“* – aber hinter der Überschrift greifen Sie in die kommunalen Kassen und schwächen mit ihrer Politik Dörfer und Städte. Elf der 20 höchstverschuldeten Kommunen in Deutschland liegen in Rheinland-Pfalz. Die Realität, der Alltag hinter dieser Überschriften-Politik sieht also anders aus. Das zeigt sich auch darin, wie wenig der bereits bewilligten Mittel abgeflossen sind.

Beispiel: Vereinsförderung, Herr Schweitzer.

Überschrift: *„10 Millionen Euro für die Vereine in Rheinland-Pfalz“*

Wahrheit: Gerade mal 5 % sind bei den Vereinen angekommen.

Die Anliegen der ganz normalen Leute, der kleineren Betriebe und der gewachsenen Strukturen in unseren Städten und Dörfern kommen zu kurz. Das wollen wir ändern. Es ist an der Zeit, die Probleme endlich zu lösen. Was wir brauchen, ist konkretes Handeln. Wir wollen Kräfte freisetzen und Optimismus ermöglichen, dass nach dieser Krise etwas Neues, etwas Gutes kommt.

Die Corona-Pandemie hat die Versäumnisse der maßgeblich von der SPD bestimmten Landespolitik der zurückliegenden Jahre in aller Klarheit offengelegt. Das Bild der Corona-Pandemie als Brennglas, das den Fokus auf seit langem identifizierte Schwächen richtet, ist zutreffend. Es müssen nun eilig Weichenstellungen vorgenommen und Investitionen nachgeholt werden, die bisher versäumt wurden.

Hierzu machen wir über 30 Vorschläge, aus denen ich vier Schwerpunkte herausgreifen will:

1. Heimat – die Pandemie-Bekämpfung in unseren Städten, in unseren Dörfern.

Die Corona-Pandemie hat unser Gefühl und unsere Verbundenheit zu unserer Heimat verstärkt. Heimat verbindet, sie sichert den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und ist von zentraler Bedeutung für unsere Demokratie.

- die Familie, die einen abends mit offenen Armen begrüßt,
- ein Ort der einem Sicherheit und Geborgenheit bietet,
- das Schwimmbad, in dem man als Kind schwimmen gelernt hat,
- der Verein, in dem man gelernt hat, was Gemeinschaft ist,
- oder der Ort, an dem man zur Schule gegangen ist und möglicherweise seine erste Liebe gefunden hat.

Heimat ist das, was Sie meine Damen und Herren von der Landesregierung, bei Ihrem zweiten Nachtragshaushalt vergessen haben. Denn mehr als den Ausgleich der Gewerbesteuer-einnahme haben Sie für die Städte, Kreise und Gemeinden – die Heimat eines jeden einzelnen von uns – in diesem Corona-Haushalt nicht übrig:

- Für diejenigen, die vor Ort tagein tagaus die Hauptarbeit leisten, um die Pandemie nachhaltig einzudämmen.
- Für diejenigen, die sich auf die schlimmste Situation vorbereitet, die Notkrankenhäuser und Testzentren gebaut und Schutzmaterial beschafft haben; eben um alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um das Unheil für die Menschen abzuwenden.
- Ja, Frau Dreyer, genau für diejenigen, die nun auf ihren Kosten für den Corona-Katastrophenschutz sitzen bleiben.

Aus diesem Grund stellen wir unseren Städten und Dörfern zusätzliche 20 Millionen Euro zur Verfügung, um ihnen den Rücken zu stärken, damit vor Ort auch die Kosten gedeckt werden, die Corona verursacht hat.

Anrede,

die Landesregierung macht Heimat zu einem Ort, wo fehlende Investitionen, baufällige Schwimmbäder, Theater und Museen - Ergebnis jahrzehnter langer SPD-geführter Politik in Rheinland-Pfalz - zur Tagesordnung gehören. Durch Corona wird sich diese Entwicklung verstärken. Der Lockdown, die Hygieneauflagen und die verständliche Angst der Menschen lassen Einnahmen wegbrechen. Insbesondere die Schwimmbäder haben gelitten. Sie stehen unter hohem Druck und sind auf Grund der fehlenden Investitionen schlecht ausgestattet.

Corona darf nicht dazu führen, dass wir sie oder unsere Theater, Museen und Zoologischen Gärten verlieren. Deshalb stellen wir insgesamt 60 Millionen Euro zur Verfügung, um Ausfälle zu kompensieren und um geplante Investitionen auch wirklich durchführen zu können.

Meine Damen und Herren,

Heimat ist ein Ort, dessen kulturelle Vielfalt durch die Vereine geprägt wird. Über 2 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer engagieren sich in Sport, Kultur- oder Sozialvereinen. Gerade sie hat Corona hart getroffen. Gemeinsames Proben und Üben, geselliges Beisammensein oder die Beteiligung an Festen ist auf ein Minimum begrenzt.

Die üblichen Einnahmen fehlen und Sie, Herr Lewentz, haben als Antwort darauf einen Schutzschild für Vereine in Not installiert. Einen Schutzschirm, der erst greift, wenn alle Rücklagen aufgebraucht, die Vereinsaktivität zum Erliegen gekommen und die ehrenamtlichen Mitglieder ihre Motivation verloren haben. Ich sage Ihnen, mit der CDU dürfen die Vereine ihre Rücklagen behalten. Denn mit unserem Programm erhalten sie mit 15 Euro je aktivem Mitglied zusätzliches Geld, um die Krise erfolgreich bewältigen zu können.

Unsere Heimat ist ein Ort, an dem Kinder und Jugendliche sicher und geschützt in Kitas und Schulen gehen sollen. Das gilt auch für Erzieherinnen und Erzieher, die Lehrerinnen und Lehrer. Händewaschen, Maskentragen und Abstandhalten sind Teil unseres Alltags geworden. Doch spätestens nach den Herbstferien und mit sinkenden Temperaturen wird eine ausreichende Belüftung der Räume schwierig.

Keiner von uns will, dass Kinder und Jugendliche im Klassenzimmer frieren. Wir brauchen jetzt ein Investitionsprogramm von 30 Millionen Euro, welches ausreichende Belüftung auch im Winter sichert und schulischen Sanitäranlagen auf Vordermann bringt. Veraltete und unhygienische Schultoiletten müssen der Vergangenheit angehören. Das Land muss seinen Beitrag leisten, um die Situation zu verbessern und darf die Kommunen nicht wieder allein lassen. Das sind wir unseren Kindern schuldig.

2. Digitale Bildung

Wenn die Zukunft unseres Landes irgendwo entschieden wird, dann wird das an unseren Schulen sein. Hier werden die Grundlagen gelegt, für persönliche Chancen, für den späteren Berufsweg und für den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt. Corona hat viele Probleme an unseren Schulen im Land deutlich zu Tage gebracht. Da ist ein überaus hoher Handlungsbedarf.

Anrede,

wenn die Vermittlung von digitalen Kompetenzen Teil des Bildungsauftrages ist, muss das Land gewährleisten, dass der damit verbundene Unterricht möglich ist. Die EDV-Betreuung der Hard- und Software für den Unterrichtseinsatz ist daher Landesaufgabe. Noch arbeiten in Rheinland-Pfalz beinahe alle Lehrkräfte mit ihren privaten Laptops – morgen dankenswerterweise mit einem vom Bund.

Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten sind für Lehrer Mangelware, doch wir müssen sie in die Lage versetzen, die enormen Möglichkeiten, die durch digitale Bildungsangebote bestehen, bestmöglich nutzen zu können. Das große Potenzial unserer Pädagogen darf nicht durch

fehlende Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten gehemmt werden. Es braucht gute Angebote, es braucht ausreichend viele Angebote und den Lehrkräften dürfen dadurch keine Kosten entstehen. Hierfür wollen wir 10 Mio. Euro zur Verfügung stellen.

3. Sofortprogramm „Sichere Schulwege“

Viele Eltern machen sich Sorgen, wenn ihre Kinder morgens das Haus verlassen. Zum einen wegen Corona. Ein unglaubliches Gedränge morgens, dicht an dicht sind im Bus die Gänge zugestellt – Abstandsregeln können gar nicht eingehalten werden.

Und dann die Sorge um die Sicherheit der Kinder. Jahrelang haben Mütter und Väter im Auto auf Verkehrssicherheit geachtet, den Airbag deaktiviert, den Maxi-Cosi richtig herum gesichert, tausende Male die Kleinen angeschnallt, mit ihnen Verkehrsregeln geübt – und dann werden die Kinder stehend im Bus über die Landstraße in die Schule verfrachtet. Ein schwerer Unfall – die Folgen mag man sich nicht ausmalen.

Anrede,

Nein.

Die Landesregierung muss endlich die Sorgen der Eltern ernst nehmen. Die Zeit der Stehplätze in Bahnen und Schulbussen muss ein Ende finden. Die Beförderungsrichtlinien des Landes im Schulgesetz sind nicht mehr zeitgemäß. Unser Ziel ist es, so schnell wie möglich auf Stehplätze komplett zu verzichten. Ich weiß, das wird teuer, das schaffen wir auch nicht von heute auf morgen – aber das muss uns die Sicherheit unserer Kinder und Jugendlichen wert sein.

Wir schlagen dazu heute ein Sofortprogramm „Sichere Schulwege“ vor. Sichere Schulwege, das sind die Wege mit der Bahn, dem Bus, dem Fahrrad oder zu Fuß. Dafür wollen wir erheblich mehr Busse zur Verfügung stellen und es jeder Schule ermöglichen, direkt in die Schulwegesicherheit zu investieren. Das ist uns ein Herzensanliegen und es ist uns etwas wert. 60 Mio. € wollen wir insgesamt bereitstellen.

4. Wirtschaft

Anrede,

die Ampelregierung ist ein Standortnachteil für unsere heimische Wirtschaft. Schon vor Corona lag Rheinland-Pfalz mit -1,3% beim Brutto-Inlandsprodukt als Schlusslicht abgeschlagen auf dem letzten Platz aller Bundesländer. Schon im Jahr vor Corona waren wir Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum. Heißt, Rheinland-Pfalz ist schon geschwächt in diese Krise gegangen. Die Ampel trug schon vor Corona die rote Laterne im Ländervergleich – immerhin mit Goldstandard. Und was war die Antwort von Ampel-Regierung und Wirtschaftsminister? Sie fiel knauserig aus.

In allen Bundesländern um uns herum haben die Unternehmen echtes Geld vom Land bekommen – bei uns nur die nächste Überschrift: „Zukunftsfonds starke Wirtschaft“. Statt einer Zukunftsperspektive erhielten die Betriebe Darlehen. An echtem Geld wurden 7,5 Millionen Euro bewilligt. Im Durchschnitt bedeutete das 50 Euro Unterstützung für jedes rheinland-pfälzische KMU. Zahlen, die eine klare Sprache sprechen: Die Ampel ist ein Standortnachteil für die Unternehmen im Land – vor der Corona-Krise genauso wie in der Corona-Krise.

Anrede,

deshalb müssen wir uns der Krise jetzt umso kraftvoller entgegenstellen:

- Die CDU-Fraktion will den Soloselbstständigen helfen, damit diese Strukturen nicht wegbrechen – im Interesse der gesamten Gesellschaft
- Viele Unternehmerinnen und Unternehmer können keine Grundsicherung beantragen und arbeiten doch Tag und Nacht um ihren Betrieb, ja, ihr Lebenswerk zu retten. Deshalb sagen wir: Wenn ein Betrieb Mittel aus dem „Corona Venture Capital“-Fonds bekommt, sollte dieser Aufwand honoriert werden – mit einem Unternehmerlohn als Zuschuss.

- Wir wollen Rheinland-Pfalz zum Land der Gründerinnen und Gründer machen, indem wir einen eigenständigen Gründungsfonds auflegen – ein „Kraftwerk für Gründergeist“, das Know How und Kapital für die besten Ideen in Rheinland-Pfalz in die Hände der schlauesten Köpfe legen kann. Nur mit neuen Ideen kommen wir aus der Krise.
- Und wir als CDU wollen ein Gründerstipendium. 1.000 Euro im Monat für ein Jahr. Aus der SPD-Fraktion gibt es seit einigen Tagen positive Signale dazu. Unser Vorschlag liegt heute auf dem Tisch. Geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie zu.
- All dies hilft der Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze. Die Ampel hingegen ist ein Risiko für die Arbeitsplatzsicherheit im Land

Anrede,

wir hoffen – auch im Sinne der rheinland-pfälzischen Unternehmerinnen und Unternehmer – dass Sie endlich anfangen, Projekte auf den Weg zu bringen, die mehr wert sind als das Papier, auf das Sie Ihre Überschriften drucken.

Liebe Frau Ahnen, lieber Herr Wissing, Sie bekommen die genehmigten PS nicht auf die Straße. Schmeißen Sie endlich den Turbo an. Wir alle sprechen von den kleinen und mittleren Unternehmen als Rückgrat der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Durch Corona ist die Zeit gekommen, dass die Blumenverkäuferin ihren Mitarbeiterinnen, die Magierin und der Musiker als Soloselbstständige oder der Schausteller mit seinem Kredit für das Riesenrad unsere Hilfe brauchen. Nach der Corona Krise wissen diese Menschen, auf wen Sie sich verlassen können. Und wer für sie nur Überschriften raushaut.

Schluss

Anrede,

Mit unseren über 30 Anträgen zu diesem Haushalt und zum Sondervermögen schaffen wir eine bessere Perspektive für Rheinland-Pfalz. Wir sind näher an den Menschen vor Ort, in den Städten und Dörfern, in den Schulen, bei den Familien, bei den Unternehmerinnen und Unternehmern. Bei allen, die in dieser Krise unsere Hilfe brauchen.

Und wir packen das in einen rechtssicheren, einen zukunftssicheren Rahmen. Mit unserem Änderungsantrag zum Sondervermögen räumen wir die entscheidenden Bedenken des Landesrechnungshofs ab und sichern unsere Verfassungsprinzipien und die Mitwirkungsrechte des Parlaments.

Unser Anspruch ist es: Wir wollen unser Land gestalten, wir wollen unser Land gerechter machen, wir wollen die Zukunft unseres Landes sichern.